

Der Endkampf um die Saar

Zum Wiederbeginn der Verhandlungen am 15. Januar
Werden die Saarverhandlungen, die am 15. Januar in Paris wieder beginnen, die letzten sein? Werden sie eine für Deutschland annehmbare Lösung der Saarfrage bringen? Es ist zweifelhaft, die Erwartungen nicht zu überspannen.

Man muß sehr bedauern, daß die Saarfrage aus dem Komplex der Haager Probleme losgelöst wurde und ein Kapitel für sich bildet. Die Franzosen haben alles getan, um der Saarfrage eine Sonderstellung einzuräumen. Sie haben sich dabei auf die Behauptung gestützt, es handle sich um eine deutsch-französische Angelegenheit, die die anderen Mächte nichts angeht — eine Behauptung, die ganz unberechtigt ist. Denn das Schicksal der Saar wurde im Versailler Diktat ursprünglich festgelegt, also in einem Dokument, das die Unterzeichner sämtlicher kriegführenden Länder trägt. Auch hat Deutschland auf die Regierung des Saarbesetzungsgebietes keineswegs zugunsten Frankreichs, sondern zugunsten des Völkerbunds verzichtet, also einer Institution, die einen ausgeprochenen internationalen Charakter trägt. Wenn auch die Ausbeutung der Saargruben ausschließlich zugunsten Frankreichs geschieht, so bedeutet dies noch nicht, daß die Endregelung der Saarfrage eine Angelegenheit ist, in der Frankreich von Anfang bis zu Ende völlig selbstherrlich handeln darf.

Noch aus einem anderen Grunde muß die Absonderung der Saarfrage als ein Fehler bezeichnet werden. Der im Haag zur Debatte stehende Youngplan besagt, daß mit seinem Inkrafttreten irgendwelche weiteren, in ihm nicht vorausgesehenen Reparationsansprüche irgend einer Macht an Deutschland fortfallen. Da es sich bei der Saar um ein Problem handelt, das einen Teil des Problems der deutschen Reparationsleistungen bildet, so ergibt sich daraus, daß nach der Annahme des Youngplans Frankreich kein Recht mehr hat, im Saarbesitz weiter zu verbleiben und die Saargruben auszubehnten. Denn die „Saarreparationen“ sind im Youngplan mit keinem Wort erwähnt.

Den Franzosen ist das Wort „Saarreparationen“ sicher nicht sonderlich sympathisch. Sie werden sich darauf berufen, daß der Artikel 45 des Versailler Diktats ihnen die Kohlengruben im Saarbecken „als vollständiges und unbeschränktes Eigentum“ übergibt. Aber derselbe Artikel 45 besagt, daß dies „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und in Anrechnung auf den Betrag der völligen Wiedergutmachung von Kriegsschäden, die Deutschland schuldet“, geschieht. Wenn aber dem so ist, dann wäre es völlig ungerechtfertigt, die Ausbeutung der Saargruben durch die Franzosen nach der Annahme des Youngplanes zu gestatten. Denn der Youngplan hat die Höchstgrenze der deutschen Leistungsfähigkeit bestimmt, nach deutscher Auffassung sogar diese Grenze weit überschritten. Die Saarreparationen fallen hiermit unter die Sonderleistungen, die der Youngplan ablehnt.

Hat Deutschland Grund, die Rechte Frankreichs auf weitere Ausbeutung der Saargruben, also letzten Endes die Eigentumsrechte Frankreichs auf die Saargruben zu bestreiten, so ergibt sich daraus eine weitere Frage: wie ist es um den Rücklauf der Saargruben durch Deutschland bestellt? § 36 des Zusatzprotokolls zu dem Versailler Vertrag betreffend das Saargebiet lautet in seinem ersten Absatz: „Für den Fall, daß der Völkerbund (!) die Vereinigung des ganzen Saarbeckens oder eines Teiles desselben mit Deutschland beschließen sollte, hat Deutschland die Eigentumsrechte Frankreichs auf die in diesem Teil befindlichen Gruben im ganzen zu einem in Gold zu zahlenden Preis zurückzukaufen. Dieser Preis wird von drei Sachverständigen festgelegt, die mit Stimmenmehrheit beschließen. Einer der Sachverständigen wird von Deutschland, einer von Frankreich und einer von dem Völkerbund ernannt. Der letzte darf weder Franzose noch Deutscher sein.“

Für diese Bestimmung gilt genau dasselbe, was bereits oben ausgeführt wurde: Es gilt zu überprüfen, inwieweit die Bestimmungen des Versailler Diktats bezüglich der Saarfrage noch mit dem Youngplan vereinbar sind. Es ist daher doppelt bedauerlich, daß die Saarfrage im Haag, wenigstens bis jetzt unerörtert geblieben ist. Nach der ersten Haager Konferenz wurde allgemein angenommen, daß die Saarverhandlungen in der Pause zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz zum Abschluß gebracht werden würden. Dann hätte man auf der zweiten Haager Konferenz offenbar die Möglichkeit gehabt, sich mit den Ergebnissen der Saarverhandlungen zu beschäftigen. Aber die Saarverhandlungen wurden mehrmals vertagt, um dann nach ihrem endlichen Beginn zu keinem Erfolg zu führen. Es hat sich damals die Vertagung bis zum 15. Januar als notwendig erwiesen. Man kann hoffen, daß diese Vertagung die letzte war und daß die Saarfrage im Sinne der Haager Beschlüsse endgültig geregelt wird. In wenigen Tagen werden wir es erfahren.

Bestellungen

auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ mit dem beliebten „Schwarzwälder Sonntagssblatt“ können fortlaufend gemacht werden.



Bildtelegraphie Berlin-London eröffnet

Die Übertragung der Botschaft und des Bildes des Reichspostministers Dr. Schädel an den englischen Postminister.

Tragikomödie eines Sowjetdiplomaten

Besedowski, der ehemalige sowjetrussische Botschaftsrat in Paris, kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß er zum Tode verurteilt wird. Das Moskauer Gericht hat die Affäre Besedowski in zwei Verfahren geteilt. Das erste Verfahren wegen Veruntreuung von Staatsgeldern ist bekanntlich mit einer Verurteilung auf zehn Jahre Freiheitsstrafe und auf Konfiskation des gesamten Vermögens beendet. Das zweite Verfahren wegen politischer Vergehen steht noch bevor. Und gerade dieses zweite Verfahren würde dem vielgenannten Sowjetdiplomaten den Kopf kosten, falls es ihm einfallen würde, eines schönen Tages sich nach Ausland zu begeben. Sein einziges Glück ist, daß er sich im Ausland, nämlich in Frankreich, aufhält. Der Weg nach Sowjetrußland ist ihm für immer versperrt.

Die Angelegenheit Besedowski ist ebenso interessant wie bezeichnend. An einem schönen Oktobermorgen erschien Botschaftsrat Besedowski in einem Pariser Polizeirevier und bat in höchster Aufregung um den Schutz gegen die Agenten der Tscheka, die angeblich seine Familie verhaftet und ihn selbst mit dem Tode bedroht habe. Die Polizei sah sich veranlaßt, in das Botschaftsgebäude zu kommen, um die Familie des Botschaftsrats zu befreien und die Standalasäre aufzuklären. Was war tatsächlich vorgefallen? Nach Angaben Besedowskis sollte er, der hohe Sowjetdiplomate, Mitglied der bolschewistischen Partei, in einen Konflikt mit Moskau wegen prinzipieller taktischer Fragen geraten sein: er habe Meinungsverschiedenheiten mit dem Zentralkomitee wegen der Bauernpolitik der Sowjets. Nun seien die Tschekisten hinter ihm, um ihn nach Moskau zu bringen. Was war an diesen Angaben Besedowskis wahr? Die Sowjetregierung ließ ihrerseits erklären, Botschaftsrat Besedowski sei kein politischer, sondern ein ganz gemeiner Verbrecher: er habe Staatsgelder veruntreut und weigere sich nunmehr, dem Kontrollrat der Sowjetregierung Rechenschaft zu geben. Das Außenministerium hat ihn daraufhin fristlos entlassen und ist bei der französischen Regierung wegen Auslieferung des Verbrechers vorstellig geworden. Das Auslieferungsverfahren ist bis zum heutigen Tage nicht abgeschlossen.

Inzwischen hat Besedowski, der anscheinend durch die angeblich veruntreuten Gelder nicht besonders reich geworden ist, sich veranlaßt gesehen, an die sowjetfeindlichen Emigrantenpresse heranzutreten und ihr Enthüllungen über seine, Besedowskis, sowjetdiplomatische Erfahrungen anzubieten. Die Aufzeichnungen und Memoiren Besedowskis sind in der Tat in einer Reihe weißrussischer Auslandszeitungen erschienen und haben eine gewisse Sensation hervorgerufen. Es läßt sich schwer nachprüfen, inwieweit Besedowski in diesen seinen Veröffentlichungen bei der Wahrheit geblieben ist. Für ganz unparteiisch kann er nicht gelten und außerdem ist zu berücksichtigen, daß er von dem Bestreben befeuert sein mußte, sich bei seinen neuen Protzgebern beliebt zu machen. Ein Ueberläufer bleibt für immer ein Ueberläufer. Er mag noch so eifrig sein — er wird stets überall einem gewissen Mißtrauen begegnen. Herr Besedowski hat allen Grund, um sein weiteres Fortkommen besorgt zu sein. Zuerst werden die russischen Emigranten ihn auszunutzen versuchen, so gut es geht. Was wird aber kommen, nachdem er alles enthüllt hat, was er enthüllen konnte?

Die Sowjetregierung ist inzwischen auch ihrerseits nicht müde gewesen. Sie nahm ein Gesetz an, nach dem alle sowjetrussischen Staatsbeamten im Ausland die sich weigern, einer Verladung ihrer Behörde zu entsprechen und nach Rußland zu kommen, in Abwesenheit zum Tode verurteilt werden. Dieses Gesetz ist mit rückwirkender Geltung in Kraft getreten. Es wäre falsch, dieses Gesetz als „Der Besedowski“ zu bezeichnen. Es fehlt auch ohne Besedowski nicht an Ueberläufern, die es aus diesen oder jenen Gründen vorgezogen haben, sich im Ausland ins Privatleben zurückzuziehen, anstatt nach Moskau zur Berichterstattung zu fahren. Die Vergehen, deren sie beschuldigt wurden, waren nicht immer politischer, sondern oft genug „finanzielltechnischer“ Natur. Das neue Gesetz wird vielen Schwankenden eine Warnung sein. Denn man kann nie wissen...

Rußland verlangt die Auslieferung Besedowskis

Paris, 11. Jan. Nach einer Agentenmeldung aus Moskau hat der Rat der Volkskommissare einen Beschluß gefaßt, wonach der zu zehn Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige Geschäftsträger in Paris, Besedowski, nicht als politischer Flüchtling angesehen werden könne. Deshalb werde die Sowjetregierung die unverzügliche Auslieferung Besedowskis bei der französischen Regierung beantragen.

Vertrauen, Sicherheit und Abrüstung

Von Emile Vandervelde (Brüssel),
ehemaliger belgischer Außenminister
Nachfolgende Stellungnahme des belgischen Staatsmannes in „La Depeche“-Loulvise dürfte auch in Deutschland interessieren.

Das neue Jahr steht im Zeichen der internationalen Konferenzen. Man tagt im Haag, in London, in Genf und noch an anderen Orten.

Wir wollen Optimisten sein. Man kann, nein, man muß hoffen, daß bei allen diesen Konferenzen wirklich einmal etwas herauskommt, z. B. bessere Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Westen, eine Einigung unter den Seemächten, um die internationale Polizei der Ozeane zu verbilligten Kosten organisieren zu können, eine Pause im Wettrennen oder der zweijährige Zollfriede, den Hyman vorschlägt.

Doch in den Kreisen, deren Wege mit den besten Vorzeichen gepflastert sind, spricht man anders. Der Kelloggspakt soll Früchte tragen. Die Großmächte werden angeblich in entscheidender Weise zur Abrüstung schreiten. Die Vereinigten Staaten von Europa nehmen Gestalt und Wirklichkeit an. Die Beseitigung der Zollschranken soll dem Handel ein Absatzgebiet schaffen, so weit, so frei wie das amerikanische.

Sicher sind dies alles sehr verlockende Aussichten, die auch den innersten Wünschen der Massen entsprechen dürften, und die, wenn Briand und Macdonald in Genf von ihnen sprechen, allgemeinen Beifall auslösen, und das in einer Versammlung, in der Sozialisten oder wenigstens wirkliche Demokraten neben Vertretern aller Formen des Faschismus und neben Berufsdiplomaten sitzen, deren Haare schon unter dem alten Regime ergrauten.

Warum müssen aber alle diese schönen Projekte sofort wieder von rauher und häßlicher Wahrheit zerstört werden? Warum handeln die meisten Regierungen — es wäre ungerecht, wollten wir sagen alle — in vollkommenem Gegensatz zu den Prinzipien, die sie verkünden?

Was nun gerade die Abrüstung anbelangt, so glaube ich, offen gesagt, nicht, daß es jemals einen so offensbaren und demoralisierenden, von Heimplichkeiten und Scheinheiligkeiten strotzenden Widerspruch zwischen den Worten und den Taten irgend einer Regierung gegeben hat.

Die große Masse der Völker will abrüsten, in Frieden leben. In allen lebt noch die Erinnerung an die Schrecken des Krieges. Sie haben keine Lust, noch länger zuzusehen, wie ihre Regierungen, anstatt abzurüsten, sich gegenseitig Gründe und Vorwände an den Kopf werfen, um nur noch mehr rüsten zu können. Sie sind diese rollenreiche internationale Komödie mehr als satt, denn die auftretenden Personen, die Staaten, reden vom Frieden und rüsten doch nur für den Krieg, übernehmen Verpflichtungen und halten sich, diese zu erfüllen, berufen Konferenzen ein und sorgen dafür, daß diese im Sande verlaufen, unterschreiben Verträge und Pakte und bezugen doch durch ihre ganze Haltung, daß sie diesen Papieren nicht mehr Wert beilegen als den, sie ihren eigenen Interessen dienstbar zu machen.

Im Jahre 1928 haben die wichtigsten Staaten der Erde gegenseitig die feierliche Verpflichtung übernommen, nicht mehr zu den Waffen greifen zu wollen. Wenn alle diese Staaten es mit der Erklärung des Weltfriedens ernst gemeint hätten, so müßten sie logischerweise abrüsten, zum mindesten aber ihre Rüstungen auf das Maß beschränken, das erforderlich ist, um etwa dem Pakt Zuwiderhandelnde zur Vernunft zu bringen.

Wenn diese Staaten aber anders handeln, so bekennen sie damit, daß sie einander nicht trauen, daß sie ihre Vertragsgegner oder wenigstens die meisten unter ihnen für Staatsverbrecher halten, die stets bereit sind, ihr Wort zu brechen, ihre Unterschrift zu entehren und die erste günstige Gelegenheit zu benutzen, um aus den Verträgen Tücher Papier zu machen und neue Konflikte heranzubeschwören, nur weil sie ihren Ehrgeiz und ihre Wünsche befriedigen wollen.

So sind zehn Jahre vergangen, seitdem die Sieger in Versailles, Saint-Germain und Trianon die Unterlegenen entwaffneten. Sie taten dies, um — wie die Verträge wörtlich sagen — „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“. Damit nahmen die Sieger nicht etwa nur eine moralische Verpflichtung auf sich, sondern — wie es Paul-Boncour schon im Namen Frankreichs bestätigt hat — eine juristische.

Schön! Heute hat Deutschland — um nur einen der unterlegenen Staaten zu nennen — seine Verpflichtungen erfüllt. Marshall Foch bestätigte dies ja offiziell. Das Reich besitzt keine Militärflieger, keine Tanks, keine schwere Artillerie. Es hat seinen Heeresbestand auf 100 000 Mann herabgesetzt, die nur dazu bestimmt sind, die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten und die Grenzpolizei zu spielen.

Was könnten nun die anderen Deutschland erwidern, wenn es, den Friedensvertrag in der Hand, seine ehemaligen Feinde vor das Dilemma stellen würde: „Entweder erfüllt auch Ihr eure Verpflichtungen und vermindert euren Heeresbestand bis auf die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und an den Grenzen erforderlichen

Kräfte, oder Ihr seid vertragsbrüchig und könnt nichts dagegen einwenden, wenn wir nun unsererseits wieder aufrücken.“

Ich weiß ja, was man sagt, um einem solchen Dilemma auszuweichen. Man behauptet, Deutschland habe nicht wirklich abgerüstet, seine hunderttausend Zwölfjährigfreiwilligen seien eine Rahmenarmee, es könne sich im Falle eines Konfliktes rasch die nötige Ausrüstung beschaffen oder anfertigen; sechs Millionen Deutsche hätten ja erst kürzlich bewiesen, daß sie ihre Revanche haben wollten; Frankreich, nur um seine Sicherheit besorgt, könne nicht auf die allgemeine Wehrpflicht verzichten, auf das Recht aller seiner Bürger, sich an der Verteidigung ihrer Heimat zu beteiligen.

Schon, wenn aber Frankreich dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, so können die Franzosen es anderen nicht vorenthalten. Jeder muß deshalb einsehen, daß Europa sich im Kreise dreht, daß die Abrüstungskonferenzen heute unrettbar zum Scheitern verdammt sind und erst dann zum Erfolg führen können, wenn aus dem gegenseitigen Vertrauen die Sicherheit für alle entspringt.

Aber eben dieses Vertrauen fehlt heute noch. Vertrauen, Sicherheit und Abrüstung wird es in Europa nicht geben, solange sich unser Erdteil von Stippchasen und Klaffen regieren läßt, die verschiedene Interessen im Auge behalten, verschiedene Ziele verfolgen, deren territoriale Wünsche sich kreuzen, die von unversöhnlichen nationalstiftischen und imperialistischen Ambitionen und Gelüsten befehen sind.

Unter den heutigen Bedingungen muß die allgemeine Abrüstung als eine Unmöglichkeit oder als Betrug erscheinen. Die Vereinigten Staaten von Europa wären, wollen wir ihre Gründung in den Bereich der Möglichkeiten ziehen, nichts anderes als eine Vereinigung „heiliger Egoisten“. Der Friede von heute stellt nur die immer wieder bedrohte und widerwillige Sanktionierung von Rechten dar, die durch Gewalt erworben wurden.

Vom Deutschen Auslandsinstitut

Das Deutsche Auslands-Institut hat, wie die jetzt vorliegende Statistik erkennen läßt, im Jahr 1929 einen weiteren glänzenden Ausbau seiner gesamten Arbeiten erfahren: Die Bücherei hat um 5498 Bände zugenommen und zählt jetzt 37 498 Bände von Spezialliteratur über Auslandskunde und Auslandsdeutschtum. Im Archiv stehen jetzt 1488 Zeitungen und Zeitchriften, darunter 894 aus dem Auslandsdeutschtum, regelmäßig ein. Das Zeitungsauschnittarchiv umfaßt über 77 000 Ausschnitte. Ueber 33 000 deutsche Vereine und Verbände mit ihren Ortsgruppen im Ausland und Deutschtumsvorstände im Inland waren verzeichnet. Die Karten- und Bildabteilung verläßt über 8764 Karten, von denen 1200 vertrieben waren, über 2000 Klischees, über 30 000 Bilder und über 24 450 Diasolitiv. Nicht weniger als 42 397 Diasolitiv waren ausgegeben, was — wenn man einen Vortrag mit rund 30 Bildern annimmt — einer Zahl von rund 850 Vorträgen entspricht, die zur Aufklärung über das Ausland und das Auslandsdeutschtum im Jahre 1929 mit dem Bildmaterial des Instituts in ganz Deutschland gehalten worden sind! Da die Auswandererberatung gegen 7700, die Auskunfts- und Vermittlungsstelle gegen 24 000, die Bücherei, das Archiv, die Lichtbildabteilung, die Rechtsabteilung zusammen gegen 3000 Auskünfte gegeben haben, sind gegen 35 000 Auskünfte wiederum völlig gemeinnützig und unentgeltlich erteilt worden. Die Institutszeitschrift „Der Auslandsdeutsche“ ist die größte und bedeutendste Fachzeitschrift ihres Gebietes geblieben und hat ihren Bezahlerkreis wesentlich ausgedehnt. In 10 deutschen Großstädten hat die Danzig-Ausstellung das Institut zahllosen Tausenden von Besuchern lebensvolle Kenntnis vom Deutschtum Danzigs vermittelt. Im Institut selbst und von Mitarbeitern des Instituts sind nicht weniger als etwa 90 Aufklärungs-vorträge über alle Gebiete des Auslandsdeutschtums gehalten worden. Viele Hunderte von Auslandsdeutschen waren auch im Jahre 1929 Besucher und Liebhaber Gäste im Deutschen Auslands-Institut und im Hause des Deutschtums in Stuttgart. An alle Deutschen im Reich und außerhalb der Reichsgrenzen richtet das Institut die Bitte, es auch im neuen Jahre tatkräftig zu unterstützen, ihm Bilder, Bücher, Vereinsjahrbücher und -Programme, Dokumente, Ausstellungsgegenstände zuzusenden zu lassen.

Spiel und Sport

B. v. W. Baiersbrunn I — Sp. B. Altensteig I 3:4

Fußball. In Baiersbrunn kam beim Bundespokal die Altensteiger Elf zu einem knappen, jedoch verdienten Sieg, der bei etwas mehr Glück und besseren Platzverhältnissen hätte auch höher ausfallen können. Schon in der ersten Viertelstunde nach Spielbeginn geht Altensteig nach präziser Zuspiel von Halbrechts durch den Mittelstürmer in Führung und wenige Zeit hernach erhöht Halblinks im Alleingang auf 2:0. Durch unaires Ansehen des Halblinks Altensteigs durch einen Verteidiger Baiersbrunn verschuldet Lehnerer einen Elfmeter, der von Altensteigs Torhüter mit scharfem Kickschuh verwandelt wurde. 3:0. Baiersbrunn kommt nun ebenfalls auf. Ein Mißverständnis des Altensteiger Torwächters verhilft Baiersbrunn zu einem billigen Treffer, welchem noch vor Halbzeit der zweite Treffer angeteilt wird. Nach Wiederantritt beiderseitig verteiltes Feldspiel. Der Sturm Altensteigs kommt wenig mehr zum Schuß, eine mächtige Wasserflut vor Baiersbrunns Tor verhindert fast jeden Erfolg. Ein für Altensteig gegebener Straßstoß führt zum vierten Tor, welches vom rechten Verteidiger Altensteigs mit scharfem Schuß aus ziemlicher Entfernung über die Hände des Baiersbrunner Torwächters hinweg erzielt wurde. In der Folgezeit drängt Baiersbrunn mächtig, ihrem Elfer gelingt auch noch durch das Mißverständnis des Altensteiger Hintermannschaft der dritte Erfolg. Altensteig strengt sich nochmals gewaltig an, im Sturm wie in der Hintermannschaft wird erfolgreich gehandelt und obwohl Baiersbrunn ziemlich hart und auch mit Einsetzung aller Kräfte auf Ausgleich spielt, kann derselbe, dies insbesondere durch die Aufmerksamkeit des Altensteiger Hüters verhindert werden. Das Spiel endete somit 3:4 für Altensteig, womit für Altensteig zwei wertvolle Punkte gewonnen sind. Die beiden Mannschaften hatten bei den durch den Schneefall fast beintragteten Platzverhältnissen einen außerordentlich schweren Stand und sind die Leistungen deshalb um so mehr hervorzuheben. Die erste Halbzeit stand, trotz der beiden Gegentore von Baiersbrunn im Zeichen deutscher Ueberlegenheit Altensteigs, während in der zweiten Hälfte eher Baiersbrunn die besseren

Spielerleistungen zeigte. Schiedsrichter Stemmler-Fortzheim, der auch das Vorrundenspiel seinerzeit in Altensteig leitete, war auch diesmal gut und behielt das Spiel jederzeit in der Hand. H. H.

Buntes Allerlei

— Außerordentliche Unterstühtungen aus der Zentralkasse der Viehbefitzer bei Pferde- und Viehverlusten. Nachdem sich der Stand der Pferdekasse der Zentralkasse der Viehbefitzer wieder gebessert hat, ist vom Verwaltungsausschuß der Zentralkasse der Viehbefitzer beschloffen worden, bis auf weiteres wieder freiwillige Unterstühtungen bei Pferdeverlusten gemäß Art. 22 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Viehsteuergesetz in beschränkter Höhe zu gewähren, sofern bei einem Pferdebesitzer mehr als ein Pferdeverlust innerhalb eines Jahres eingetreten ist und die übrigen durch Art. 22 Abs. 2 a.a.O. festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Außerdem wurde beschloffen, bei Geburtaustrittsbrand der Kinder freiwillige Unterstühtungen in weitestgehendem Maße zu bewilligen, vorausgesetzt, daß den Tierbesitzer ein Verschulden, wie durch Geburtshilfe mit ungerinigten Händen, unreinen, nicht ausgekochten Geburtsstricken und unreinen Spülapparaten, nicht trifft. Mit Rücksicht auf die große Häufigkeit der durch Fremdkörper verursachten Magen-, Bauchfell- und Herzbeutelentzündungen, die etwa ein Viertel aller Notschlachtungen bei Kindern verursachen, hat der Verwaltungsausschuß der Zentralkasse der Viehbefitzer auch beschloffen, jedem landwirtschaftlichen Bezirksverein im Lande einen Magnet-Apparat zum Auslesen eiserner Fremdkörper aus dem Futter zwecks Einbau in eine Füttererschneidmaschine kostenfrei zur Verfügung zu stellen, der bei landwirtschaftlichen Versammlungen und anderen Anlässen den Landwirten als Beispiel zur Nachahmung gezeigt werden soll.

Brennende Abraumstätten von Bergwerken

§ Zu den eigenartigen Einrichtungen im Ruhrgebiet gehören die brennenden Halde n und die glühenden Abraumstätten der Bergwerke. Da sie noch Kohle enthalten, sind verschiedene dieser Stellen durch Selbstentzündung in Brand geraten. Ist das einmal geschehen, so ist ein Löschen und Ersticken der unheimlichen Glut im allgemeinen nicht mehr möglich. Sie züngelt und schwelt im Innern weiter, bis sie keine Nahrung mehr findet, was aber oft Jahrzehnte dauert. Weder mit Wasser noch mit Erde hat man bisher den brennenden Bergen beikommen können. Der Stadtteil Alstaden in Oberhausen zum Beispiel leidet unter den schwefeligen Gasen der brennenden Halde der fiskalischen Zeche Alstaden seit Jahren fürchterlich. Um dem glimmenden Angeheuer endlich auf den Leib rücken zu können, hat man jetzt mit der Abtragung der Halde begonnen. Mit dieser mächtigen und geheimnisvollen Naturgewalt mußte sich unlängst auch das Reichsgericht beschäftigen. Im Essener Stadtteil Segeroth hinter dem Segerother Friedhof liegt eine Schutthalde der Krupp'schen Gießstahlfabrik. Sie brennt seit 1914. Die Glut hat auf die mit anderem Halde nmaterial angefüllten Bahndämme der Eisenbahnlinien Essen-Nord-Altenessen und Essen-Nord-Essen-Bergedorf übergegriffen. Das vollzog sich, ohne daß man äußerlich zunächst etwas davon merkte. Erst als Telegraphenleitungen umfielen und man der Sache nachging, entdeckte man, daß sie im Boden abgebrannt waren. Die zerstörende Arbeit der unheimlichen Naturkräfte schreitet immer weiter. An verschiedenen Stellen brannten wiederholt die Eisenbahnschwellen heraus. An den Brandstellen senkten sich auch die Gleise, was glücklicherweise immer rechtzeitig entdeckt wurde. Krupp tat von 1914 an alles, um das feurige Angeheuer in den Eisenbahndämmen niederzukämpfen. Wie bei den Bergwerkshalde n, so mußte auch bei der mehr eisernen Schuttalbe die Veriefelung mit Wasser nichts. Dann warf man zwischen der Halde und den Bahndämmen zwei tiefe Gräben aus und füllte sie mit Wasser. Als auch dieses Mittel versagte, machte man im Jahre 1918 quer durch die Halde einen Einschnitt von 260 Meter Breite und 15 Meter Tiefe, von der Dede bis zum gewachsenen Boden. Ähnlich wie man gegen den Hausschwamm Bleisulfatungen einlegte, füllte man diesen Hohlraum mit Lehm. Alles vergebens. Im Gegenteil, durch die vermehrte Luftzufuhr verhärtete sich die Glut. Auch die isolierende Lehmenschicht glühte bald nach. Krupp wurde des Kampfes gegen die nicht tot zu bekommende Hydra allmählich müde. Nachdem die Firma bis 1925 die Schäden am Bahnkörper ausgedehnt, kam sie weiteren Anforderungen der Reichsbahn, neue Schäden zu beseitigen, nicht mehr nach. Die Reichsbahn aber machte nach wie vor Krupp für das Uebergreifen des Brandes auf ihre Bahndämme verantwortlich und verklagte die Firma. Das Landgericht Essen und Oberlandesgericht Hamm wiesen die Klage ab, weil bei Anschlägen der Halde der Brand nicht vorausgesehen gewesen sei. Auch aus dem Allgemeinen Berggesetz könnten Ansprüche nicht gestellt werden, da es sich um keine Halde der Krupp'schen Zeche Sälzer-Neudamm handle und deshalb auch kein Kausalzusammenhang zwischen der Zeche und der Halde gegeben sei. Ueberdies seien nach dem Gutachten von Sachverständigen derartige Halde nbrände nicht mehr zu löschen und folglich auch irgend welche Maßnahmen zum Schutz des Bahnkörpers ausgeschlossen. Wegen dieses Urteiles legte die Deutsche Reichsbahngesellschaft Revision beim Reichsgericht ein mit dem Erfolg, daß der 6. Zivilsenat das Urteil des Oberlandesgerichts aufhob und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts zurückverwies.

§ Folgen des amerikanischen Börsenkrachs. Die Zahl der Amerikaner, die den Winter zu Ausflügen nach der Riviera und dem europäischen Süden benutzen, ist sehr stark zurückgegangen. Die Dampfer, die in der letzten Zeit von Newyork nach Europa abgegangen sind, fuhren mit einer ganzen Anzahl leerer Kabinen. Der Rückgang beträgt 25 Prozent und darüber. Eine Weltreisefahrt für Studienzwecke, an der sich mehrere hundert amerikanische Studenten beteiligen wollten, ist abgefallen worden. Sehr viele Amerikaner, denen der Börsenkrach die Tassen geleert hat, müssen wieder sparen.

Jahrreisermählungen im Nordatlantik-Verkehr

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, werden für die Herbstabfahrt ihrer im Nordamerika-Dienst verkehrenden Passagierschiffe die Mindestfahrpreise der Kajüte ab 1. Januar um 7.50 bis 10 Dollar und diejenigen der 2. Klasse um 5 Dollar herabgesetzt mit entsprechenden Ermäßigungen in den Fahrpreisen für höherwertige Kabinen. Mit Rücksicht auf die ständig steigende Nachfrage nach Beförderungsmöglichkeiten in der Dritten Klasse für Touristen nimmt die Hamburg-Amerika-Linie eine beträchtliche Erweiterung dieser Schiffsklasse vor unter gleichzeitiger Herabsetzung der Mindestfahrpreise um 2 bis 4 Dollar.

Das älteste Parlament

In diesem Jahre wird das isländische Althing, das älteste Parlament der Welt, sein 1000jähriges Bestehen feiern können. Island wurde im Jahre 795 von irischen Mönchen entdeckt und im Jahre 874 von Norwegen besiedelt, die einen Staat mit aristokratisch-republikanischer Verfassung bildeten. Nachdem ein Rat der Alten ein Gesetzbuch ausgearbeitet hatte, fand im Jahre 930 die erste Sitzung des Althing statt. Die Insel wurde in zwölf Bezirke gegliedert, von denen jeder drei Abgeordnete zu wählen berechtigt war. Diese 36 Delegierten bildeten dann die gesetzgebende Körperschaft, welche einmal im Jahre, im Monat Juni, zusammentrat. Der von den Delegierten gewählte Vorsitzende des Althing war dann auch zugleich der oberste Richter dieses Landes, das als erstes für sich den Ruhm beanspruchte kann, das allgemeine Wahlrecht eingeführt zu haben.

Einführung des Sonntags in der Türkei?

Die türkische Regierung hat jetzt beschloffen, den Sonntag statt des Freitags zum Ruhetag in der Woche zu machen. Diese gesetzliche Bestimmung, die jetzt in der Nationalversammlung in Angora vorliegt, erfolgt aus rein wirtschaftlichen Erwägungen. Es ist eines der Heilmittel, durch die die Regierung in den letzten drei Jahren versucht hat, der Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Im Februar 1924 führte die Türkei einen Zwangsruhetag in der Woche ein, und die Wahl fiel auf den Freitag, der ja im Islam als der von Gott bestimmte Tag der Ruhe und des Gebetes gilt. Alle fremden Verwaltungen und Banken mußten daher am Freitag ihre Büros schließen. Da sie aber auch noch die ihnen gewohnte Sonntagsruhe beibehielten, so wurden dadurch Handel und Wandel empfindlich gestört und war eigentlich für drei Tage lahmgelegt, da der am Freitag störende Gang am Samstag nicht mehr in Fluß kam.

Das Schlachtfeld von Waterloo als Handelsobjekt

Eine merkwürdige Abgabe, welche die belgische Regierung an die englische zahlen muß, soll jetzt durch Verhandlungen zwischen den Schatzämtern dieser beiden Länder aufgehoben werden. Als Wellington nach der Schlacht bei Waterloo im Jahre 1815 den Titel eines Fürsten von Waterloo erhielt, wurde ihm zugleich das Schlachtfeld, auf dem er diesen Sieg erröchten hatte, zum Geschenk gemacht. Dieses Gebiet wurde aber später an Belgien wieder zurückgegeben, unter der Bedingung, daß es an die nachkommen Wellingtons eine jährliche Rente von 80 637 Franken zahlen müßte. Obwohl es nun schon seit langer Zeit keine nachkommen Wellingtons mehr gibt, ist doch diese Rente stets pünktlich von Belgien an das englische Schatzamt geleistet worden.

Der Affe und die Fahrkarte

Der Affe ist ein hochangesehenes Tier in Indien. Wenn auf einer Eisenbahnstation ein Zug eintrifft, so sind sofort die Affen da und guden durch die Fenster der Speisewagen. Man läßt sie gewähren, und die Tiere werden immer frecher. So passierte es jüngst einmal, daß ein Affe eine Fahrkarte erwischte, die ein Reisender bei seinem Gepäck hatte liegen lassen, und flugs damit in die Wipfel der Bäume verschwand. Die Fahrkarte hatte einen Wert von 7000 bis 8000 französischen Franken und es ist begreiflich, daß hier die Gemütsheiligkeit ein Ende hatte. Man ging aber an die Verfolgung des diebischen Affen, was mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Endlich hatte man ihn, aber die Fahrkarte, die er in der Faust hatte, befam man erst durch die Gegenleistung von Bananen. Sie war, wie man sich denken kann, schwer mitgenommen, daß Zweifel aufstauten, ob sie überhaupt noch Gültigkeit habe. Aber pflichtgetreue Bürokratie findet schon einen Ausweg, wenn sie will, und nach langen Verhandlungen schrieb der Stationsvorleser folgende Zeilen nieder: „Ich bescheinige hiermit amtlich, daß die Fahrkarte durch einen zu dieser Obliegenheit nicht befugten Affen gekennzeichnet worden ist.“

Ein Bach-Anekdote

Eine sehr hübsche Anekdote von Joh. Seb. Bach teilt die neueste als Bach-Best erscheinene Nummer der Monatschrift „Die Musik“ (Max Hefner Verlag, Berlin) mit. Bach wurde eine Zeitlang von einem Italiener belästigt, der fast täglich bei ihm vorsprach und in mit wertlosen Kompositionen und mit ebensolchen musikalischen Gesprächen langweilte, wobei er die Bach'sche Schule ziemlich abfällig beurteilte. Der Meister wollte nicht unhöflich sein und dem Ausländer einfach die Tür weisen, er dachte aber daran, dem prahlertischen Musikus, der nebenbei bei jeder Gelegenheit die Kompositionen seines Landes über alle Gebühr lobte, einen Denkmittel zu verabschieden. Als zu dieser Zeit der Organist J. L. Krebs aus Zeitz nach Leipzig kam, um seinen Lehrer und Freund zu besuchen, war Bachs Plan gescheit. Krebs mußte sich als Fuhrmann verkleiden und sollte während der Anwesenheit des Fremden ins Zimmer treten. Der vermeintliche Wagenlenker spielte seine Rolle gut. Nachdem er seine angelegliche Meldung gemacht hatte, fragte ihn Bach, ob er auch Klavier spielen könne. Natürlich bejahte er und wurde genötigt, vorzuspielen. Krebs brachte nun einige Sonaten meisterhaft zum Vortrag. Die Augen des Italiensers würden vor Staunen immer größer. Schließlich sagte der Meister zu ihm: „Ja, sehen Sie, mein Lieber, io spielen bei uns die Kutsher!“

Humor

O diese Kinder! Es ist ein offenes Geheimnis: Der junge Knippel will Meiers Laura heiraten. Vorhin kommt der junge Knippel wieder zu Meiers auf Besuch. Da sagt der kleine Friß zu ihm: „Wo hast du denn dein Gewehr, Onkel Knippel?“ — „Ein Gewehr? Warum soll ich denn ein Gewehr haben, Friß?“ — „Na, Papa hat doch vorher gesagt: „Hoffentlich kommt dieser verdammte Mitgiftjäger Knippel nachher nicht wieder zu Besuch...“

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

